

## 30-Stunden-Woche fordern!

**Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung!**  
Wir, die Unterzeichnenden dieses offenen Briefes, wenden uns an die RepräsentantInnen der Gewerkschaften, an alle demokratischen Parteien, die SpitzenvertreterInnen der Sozial- und Umweltverbände sowie die Kirchenvorstände in Deutschland.

Ein offener Brief

Deutschland und die ganze Europäische Union befinden sich in einer schweren ökonomischen und sozialen Krise. Die Arbeitslosigkeit hat in Europa unerträgliche Größenordnungen erreicht. Besonders erschreckend ist die Jugendarbeitslosigkeit, die in einzelnen Ländern über 50 Prozent hinausgeht. In Deutschland ist zwar die Zahl der Jobs in den letzten Jahren gestiegen, aber es sind überwiegend Kurz-Jobs, die als Lebensgrundlage nicht ausreichen (sog. prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Die Bewältigung der Arbeitsmarktkrise erfordert die aktive Beteiligung aller demokratischen Kräfte im Land. Wirtschaftliche Macht und neoliberale Politik müssen daran gehindert werden, weiterhin die Krisenlasten der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, den Arbeitslosen und den sozial Schwachen aufzubürden.

**Notwendig ist eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung.**

**Lassen Sie uns dafür gemeinsam kämpfen!**

Seit Jahren findet eine sozial und ökonomisch kontraproduktive Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzenden (Gewinn, Zins, Miete, Pacht) statt. Dadurch wurde die Binnennachfrage eingeschränkt und das überschüssige Kapital – weg von der produzierenden Realwirtschaft – in den Finanzsektor umgeleitet. Gewaltige Finanzspekulationen und Finanzkrisen waren die Folge. Die Krisenbewältigung darf nicht denen überlassen wer-

den, die aus den Krisen hohe Gewinne gezogen haben und jetzt erneut versuchen, mit Scheinalternativen und einer Therapie an Symptomen ausschließlich den Besitzstand der Vermögenden auf Kosten der großen Bevölkerungsmehrheit zu sichern.

**Fast vierzig Jahre neoliberaler Kapitalismus sind genug!**

Dieser wirtschaftspolitische Irrweg hat nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in der ganzen Welt zu unermesslichem sozialem Elend geführt. Eine Wirtschaftspolitik, die blind auf weiteres Wachstum setzt, verschärft auch die Gefahren des Klimawandels und der Naturzerstörung, sie hat die Spaltung innerhalb und zwischen den Gesellschaften vertieft, die Reichen noch reicher und die Armen ärmer gemacht. Die neoliberale Umverteilung wäre ohne die lange bestehende Massenarbeitslosigkeit nicht möglich gewesen. Weder in Deutschland noch in einem anderen Land. Ein

Überangebot an den Arbeitsmärkten führt zu Lohnverfall. Deshalb sind die Profiteure und ihre politischen UnterstützerInnen mit aller Kraft bestrebt, von der Tatsache der bestehenden Massenarbeitslosigkeit abzulenken. Besonders vehement treten hierbei die Neoliberalen in Deutschland auf. Ihre Propaganda, es gebe in Deutschland fast wieder Vollbeschäftigung, grenzt angesichts der Realität von Massenarbeitslosigkeit an Zynismus. Branchenspezifischer Fachkräftemangel, der künstlich aufge-

weiter Seite 2



## Goldgräberstimmung

**Was ist 85 m lang, 55 m breit und 30 m hoch? Werden 100, 200 oder gar 300 Beschäftigte benötigt? Was sollen über 100 Planer in einem Container-Dorf an der Simonsstrasse?**

Diese Zahlen, diese Fragen, diese Überlegungen bewegen zur Zeit ganz viele Beschäftigte. Auslöser sind:

- die Konzentration der Pharmazeutischen Entwicklung in Wuppertal
- die berechtigte Hoffnung, dass die Faktor VIII Produktion und Aufarbeitung in Wuppertal durch den Vorstand genehmigt wird.
- die Abrisspläne für ehemals PH2

Natürlich ist es schöner, Pläne zu schmieden, wo letztendlich neue Arbeitsplätze durch entstehen. Der Standort Wuppertal hat lange genug nur Bereiche stillgelegt oder ausgegliedert. Die Mitarbeiterzahl ist in den letzten 15 Jahren stark gesunken und mit dem Arbeitsplatzabbau sank auch die Stimmung.

weiter S.4

### Inhalt:

**Seite 1: 30 Std./W.; Gold**  
**Seite 2: Fortsetzung 30-Std**  
**Seite 3: VL-Wahl; 30-Std**  
**Seite 4: Probanden; Profit**

ViSdP: Ulrich Franz, Freyastr.47, Wuppertal

## 30-Stunden-Woche fordern!

bauscht wird, ließe sich rasch durch bessere Vergütung und längerfristig durch bessere Fortbildung beseitigen. Auch die Behauptung der Neoliberalen, wir müssten wegen des demographischen Wandels und der Sicherung von Renten länger arbeiten, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Richtig ist dagegen: In Deutschland sind gegenwärtig, wenn wir nur die nicht freiwilligen Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten mitrechnen, circa 6 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Während viele Menschen unter psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit in Form von Depressionen, Minderwertigkeitsgefühlen etc. leiden, müssen Beschäftigte in den Betrieben die Folgen von Mehrarbeit auf sich nehmen. Wie etliche wissenschaftliche Studien belegen, nehmen Stress, Burnout, psychosomatische und chronische Erkrankungen dramatisch zu. Dieser Zustand ist einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert unwürdig. Das herrschende neoliberale Modell hat den Gewerkschaften unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit viel von ihrer Gestaltungsmacht geraubt und sie in die Defensive getrieben.

### Die Beschäftigten haben Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren.

Dadurch wird ein an Unterwürfigkeit grenzendes Verhalten der Beschäftigten und Arbeitslosen heraufbeschworen. Hierauf beruhen die Bereitschaft zu beträchtlichen Zugeständnissen (weniger Lohn, längere Arbeitszeiten, steigende Arbeitsverdichtung, mehr Flexibilität etc.) und die weitere Schwächung der Gewerkschaften – nicht nur bei Tarifverhandlungen. Allein fast eine Million Geringverdiener schufteten mittlerweile wöchentlich 50 Stunden und mehr, um überhaupt ein Einkommen zu erzielen, von dem man aber immer noch nicht leben kann. Immer mehr ArbeitnehmerInnen beziehen – trotz Arbeit – Hartz IV als sogenannte „Aufstocker“. Die, die heute schon nichts haben, werden zusätzlich in die Altersarmut geschickt. Ähnlich und noch schlimmer sind die Bedingungen in den meisten anderen Staaten der Europäischen Union. Die Massenarbeitslosigkeit ist die Ursache des ruinösen Wettbewerbs unter den Beschäftigten und fördert die Entstehung des Niedriglohnsektors und solcher diskriminierenden Arbeitsformen wie Leiharbeit und Werkverträge ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung. Daher ist dringend eine Verknappung von Arbeit auf die 30-Stunden-Woche notwendig. Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt gegenwärtig ohnehin schon ca. 30-Stunden je Woche, aber die Arbeit ist ungleich verteilt. Die Forderung nach der 30-Stunden-Woche schließt dabei alle denkbaren *Arbeitszeitformen* (auch einen verlängerten Urlaub oder einen früheren Ausstieg aus dem Erwerbsleben oder Sabbaticals, etc.) ein.

### Diese Forderung nach der 30Std./Woche ist grundsätzlich für alle EU-Staaten aufzustellen.

Denn überall liegt Massenarbeitslosigkeit vor, und sie nimmt in vielen EU-Staaten dramatisch zu. Arbeitszeitverkürzung ist keine rein tarifpolitische Aufgabe mehr, sondern ein *gesamtwirtschaftliches Projekt*. Die faire Teilung der Arbeit trägt sowohl den Interessen der Beschäftigten, als auch der Arbeitslosen gleichermaßen Rechnung. Mit Hinblick auf ihre Wirkung, endlich die Vereinbarung zwischen Familie und Beruf möglich zu machen,

ist sie auch ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung und eine sinnvolle familienpolitische Maßnahme. Der Verteilungsspielraum ist immer die *Produktivitäts- plus Preissteigerungsrate*. Dabei ist Arbeitszeitverkürzung die einzige logische sowie historisch konsequente Antwort auf die jährlichen *Produktivitätssteigerungen*, die *oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft* liegen und so zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens und ohne Arbeitszeitverkürzung zu Arbeitslosigkeit führen.

**Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nur bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich**, sonst sinkt die Lohnquote noch weiter, dies zeigen gesamtwirtschaftliche Berechnungen.

Wir bitten daher insbesondere die Gewerkschaftsspitzen in den Tarifverhandlungen, aber zugleich auch WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und PublizistInnen der Behauptung strikt entgegen zu treten, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sei nicht möglich. Die „*Initiative Arbeitszeitverkürzung*“ kann nicht von den Beschäftigten und ihren Betrieben auf der einzelwirtschaftlichen Ebene ausgehen. Es bedarf hier zur Überwindung der

betriebswirtschaftlichen Rationalitätsfalle einer überbetrieblichen Initiierung durch eine *konzertierte DGB-Kampagne*. Daher haben nach unserer Auffassung die Gewerkschaftsspitzen eine herausragende Verantwortung zu erfüllen. Aber auch nur mit breiter Unterstützung aus *Politik, Sozial- und Umweltverbänden sowie der Kirchen* und der gesamten Zivilgesellschaft, kann letztlich das

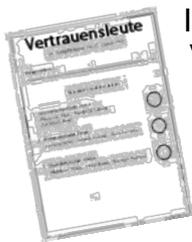
Ende der Massenarbeitslosigkeit eingeleitet werden. Wir wissen um die schwierigen Bedingungen in den Betrieben, in denen die Beschäftigten sich gegen *Arbeitszeitverlängerungen* wehren, nachdem der Kampf um die 35-Stunden-Woche ins Stocken geraten ist, und wir wissen um viele Fälle, in denen Beschäftigte negative Erfahrungen sammeln mussten, weil bisherige Arbeitszeitverkürzungen ohne Einstellungen von Arbeitslosen oftmals mit steigendem Arbeitsdruck bezahlt werden mussten. Hier muss Aufklärungsarbeit in den Betrieben im Rahmen einer betriebsverfassungsrechtlich erzwingbaren Personalplanung geleistet werden.

Denn: **Nur eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf eine rechnerische gesamtwirtschaftliche 30-Stunden-Woche ist nach unserer Überzeugung einer der entscheidenden Schlüssel für die Perspektive einer Vollbeschäftigung – wenn nicht sogar der Wichtigste. Wir erklären uns deshalb bereit, eine gesellschaftliche Kampagne dazu tatkräftig zu unterstützen und zu begleiten.**

Dem schließen wir uns als BaSo an!



## Vertrauensleute Wahl in Wuppertal



In den letzten Wochen fand die Wahl der betrieblichen Vertrauensleute statt. Da es die gewerkschaftlichen Vertrauensleute leider offensichtlich im alltäglichen Arbeitsleben bei Bayer nicht mehr gibt, sind die betrieblichen Vertrauensleute das Bindeglied zwischen Unternehmensleitung, Instituts- und Betriebsleitung und den Beschäftigten. Dem Betriebsrat kommt dabei die Aufgabe der Organisation und Begleitung zu.

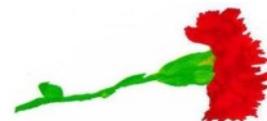
Am Montag, den 18.02.13 findet ab 08.30 Uhr die öffentliche Auszählung der Wahl im Sitzungszimmer des Betriebsrates in Geb. 54 statt. Für die insgesamt 38 Wahlkreise können 59 Vertrauensleute gewählt werden. Hier haben sich 80 Kolleginnen und Kollegen zur Wahl gestellt.

Wir wünschen jetzt schon allen gewählten Vertrauensleuten genug Zeit, Lust und Rückhalt der Kolleginnen und Kollegen, um dieses Amt die nächsten 4 Jahre ausüben zu können.

Wir gedenken an und trauern um unseren einstigen Mitstreiter und ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Hermann Krebs.

Er starb 89-jährig am 4.2., seine Beisetzung fand am 12.2.2013 statt.

Die BaSo-Betriebsräte und Freunde



## Erstunterzeichner des offen Briefes **30-Stunden-Woche fordern!**

Erstunterschriften (Stand 10.02.2013)

Prof. Dr. Erwin Jan Gerd Albers, Hochschule Magdeburg  
Norbert Arndt, Stellvertretender Bezirksgeschäftsführer ver.di Bochum-Herne  
Clarissa Bader, 1. Bevollmächtigte IG Metall Gevelsberg-Hattingen  
Friedrich-Karl Beckmann, Konzern-Betriebsratsvorsitzender Philips Deutschland  
Prof. Dr. Benjamin Benz, Evangelische Fachhochschule Bochum  
Petra Bewer, Stuttgart  
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen  
Prof. Dr. Gerd Bosbach, Hochschule Koblenz  
Achim Brandt, Betriebsratsvorsitzender Robert Bosch Elektronik, Salzgitter  
Prof. Dr. Peter Brandt, Fernuniversität Hagen  
Prof. Dr. Günter Buchholz, Hochschule Hannover  
Ingrid Buchwieser, Bad Oldesloe  
Rainer Butenschön, Vorsitzender des Fachbereichs Medien, Kunst u. Industrie im ver.di-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen  
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität Köln  
Peter Conradi, Stuttgart, von 1972 bis 1998 MdB für die SPD  
Michele Dattaro, 1. Bevollmächtigter IG Metall Velbert  
Dr. Diether Dehm, Geschäftsführer Edition Musikant, Eiterfeld  
Jochen Ebel, Dipl.-Physiker, Borgheide  
Prof. Dr. Wolfram Elsner, Universität Bremen  
Prof. Dr. Tim Engartner, Universität Frankfurt a.M.  
Julia Eppstein, Düsseldorf  
Prof. Dr. Gottfried Erb, Hungen  
Prof. Dr. Trevor Evans, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin  
Tanja Flanhardt, Gewerkschaftssekretärin FB Handel Schwerin  
Uwe Foullong, ver.di Düsseldorf  
Prof. Dr. Franz Fujara, TU-Darmstadt  
Richard Funke, Köln  
OLTzS Dr. Philipp Gabsch, Rostock  
Prof. Dr. Berthold Gasch, Lauenburg/Elbe 5  
Thomas Gesterkamp, Autor und Publizist, Köln  
Prof. Dr. Eberhard von Goldammer, Witten  
Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Ernst Gotschling, Berlin  
Prof. Dr. Hanna Grabley, Bad Saarow  
Mathias Greffrath, Schriftsteller und Journalist  
Prof. Dr. Peter Grottian, Freie Universität Berlin  
Prof. Dr. Ingrid Haller, Frankfurt a.M.  
Alfred Hartung, Wolfsburg  
Prof. Dr. Fritz Helmedag, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, S.J., Ludwigshafen  
Prof. Dr. Peter Henicke, Wuppertal  
Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen

Mathias Hillbrandt, 1. Bevollmächtigter IG Metall Witten  
Dr. Stefan Hochstadt, Dortmund, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Piraten-Fraktion Landtag NRW  
Georg Hupfauer, Vorsitzender der KAB Deutschlands und Mitglied im Hauptausschuss des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK)  
Prof. Dr. Klaus Jacob, Berlin  
Prof. Dr. Johannes Jäger, Fachhochschule bfi Wien  
Prof. Dr. Kerstin Jürgens, Universität Kassel  
Anette Jung, Dipl.-Ing., Herne  
Prof. Dr. Anastasios Karasavvoglu, Kavala Institute of Technology, Greece  
Prof. Dr. Siegfried Katterle, Universität Bielefeld  
Katja Kipping, MdB und Vorsitzende der Partei DIE LINKE  
Prof. Dr. Klaus Peter Kisker, Freie Universität Berlin  
Rainer Knirsch, ehrenamtl. Bildungsreferent, IG Metall  
Prof. Dr. Bernd Koenitz, Leipzig  
Otto König, ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Gevelsberg-Hattingen  
Dr. Michael Kopatz, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH  
Prof. Dr. Thomas Korenke, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen  
Martin Krämer, Gewerkschaftssekretär IG Metall, Frankfurt a.M.  
Prof. h.c. Dr. Jürgen Kranz, Berlin  
Daniel Kreutz, Köln  
Stephan Krull, ehem. Betriebsrat VW-Wolfsburg  
Prof. Dr. Berthold Kühn, Dresden  
Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig  
Rainer Linxweiler, Betriebsratsvorsitzender, Druck- u. Verlagszentrum Hagen  
Prof. Dr. Gerhard Löhlein, Frankfurt a.M.  
Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin  
Prof. Dr. Harald Mattfeldt, Universität Hamburg  
Rainer Matz, 1. Bevollmächtigter IG Metall Recklinghausen  
Jochen Marquardt, Regionsgeschäftsführer DGB Ruhr-Mark  
Roland Meya, Betriebsratsvorsitzender Ontex Recklinghausen GmbH  
Prof. Günther Moewes, Dortmund  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Klaus Müller, Erlbach-Kirchberg  
Prof. Dr. Oskar Negt, Universität Hannover  
Gisela Notz, Journalistin und Frauenrechtlerin  
Prof. Dr. Jürgen Nowak, Alice Salomon Hochschule Berlin  
Prof. Dr. Erich Ott, Hochschule Fulda  
Prof. Dr. Karl Otto, Universität Bielefeld  
Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der PIRATEN, Landtag NRW  
Peter Rath-Sangkhakom, Publizist und Verleger, Bergkamen  
Manfred Sautter, Saarbrücken  
Prof. Dr. Werner Ross, Zwickau

Sabine Ruwwe, Dipl. Geologin, Wiesbaden  
Robert Sadowsky, 1. Bevollmächtigter IG Metall Gelsenkirchen  
Prof. Dr. Wolfgang Saggau, Bielefeld  
Prof. Dr. Hajo Schmidt, Fernuniversität Hagen  
Jutta Schneider, ehem. Betriebsratsvorsitzende Gillette Berlin  
Peter Schnell, Offenbach  
Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen  
Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen  
Prof. Dietmar Seeck, Hochschule Emden-Leer  
Prof. Dr. Franz Segbers, Universität Marburg  
Prof. Dr. Sorg, Hamburg  
Jochim Spangenberg, Sprecher des BUND, AK Wirtschaft- und Finanzpolitik  
Eckart Spoo, Mitherausgeber der Zeitschrift Ossietzky  
Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin  
Margareta Steinrücke, Soziologin, Arbeitszeitforscherin  
Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Fachhochschule Frankfurt a.M.  
Prof. Dr. Joachim Tesch, Leipzig  
Prof. Dr. Günter Thiele, Alice Salomon Hochschule Berlin  
Karl-Heinz Thier, Hamburg  
Prof. Dr. Wolfgang Triebel, Berlin  
Dr. Axel Troost, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion  
Prof. Dr. Fritz Vilmar, Freie Universität Berlin  
Sahra Wagenknecht, MdB, Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig  
Gisela Walk, Dipl.-Psychologin, Hamburg  
Ralf Woelk, Vorsitzender DGB-Region NRW Süd-West  
Dr. Winfried Wolf, Chefredakteur Luna Park  
Dr. Hartmut Wolf, Frankfurt a.M.  
Prof. Dr. Norbert Zdrowomyslaw, Fachhochschule Stralsund  
Prof. Dr. Achim Zielesny, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen  
Prof. Dr. Karl Georg Zinn, RWTH Aachen

**V.i.S.d.P.:**  
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Tel. 0160/94479984)  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Tel. 0176/96746309)

Kontaktadresse:  
30-Stunden-Woche@gmx.de  
Homepage:

<http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/show/6619884.html>



## CO<sub>2</sub> Profit Gegenwehr

In Hamburg Moorburg wird von Vattenfall ein grosses Kraftwerk mit der veralteten Kohleverbrennungstechnik gebaut. Vor Ort bekommt man die Antwort das „ein Grossteil der Kohle aus Kolumbien kommen wird“.

Bei Vollast würde für Moorburg alle 4 Tage eine Schiffsladung benötigt.

Schiffe die bis zu 60.000 Tonnen Steinkohle transportieren.

Die Organisation "gegenstrom.13" wendet sich gegen die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Moorburg und im Besonderen gegen die so geplante Verfeuerung von Steinkohle aus Kolumbien.

BaSo beteiligt sich an der Gegenwehr.



Kohle-Mine in Kolumbien

Mehrheit für einen unbefristeten Streik votiert. Seit Donnerstag, dem 7.2.13 ruht nun die Arbeit in der größten Steinkohle-Tagebaumine weltweit.

Die Gewerkschaft fordert neben einer Lohnerhöhung vor allem auch: Gleichbehandlung der vielen Leiharbeiter, Anerkennung der weitverbreiteten Krankheiten als Berufskrankheit, Schutz der Umwelt und Respekt für die verschiedenen

Bevölkerungsgruppen in dem Bundesland.

### Protest und Blockade in HH

Am 10.5. werden wir in Hamburg aus Protest die Elbe für 1,5 Stunden mit Schiffen blockieren. Hierzu laden wir auch Sie herzlich ein.

weitere Infos unter:

<http://www.gegenstrom13.de>



Fortsetzung von S. 1

## Goldgräberstimmung

Jetzt wird auf dem großen freien Gelände zwischen Geb. 205 und Geb. 222, wo ehemals die Pflanzenschutz – Produktion war, eine biotechnologische Produktion für Faktor VIII geplant.

### Neue 150 Beschäftigte

Es wird ein riesiger Klotz, in dem ab 2014 rund 150 Beschäftigte arbeiten sollen.

Unterhalb der Bahnlinie zwischen Geb. 204 und Geb. 220 ist für die Analytik ein riesengrosser, neuer Bau geplant.

### Neues Lager

An das heutige Lager in Geb. 236 soll ein Hochregallager für die neue Faktor VIII – Produktion angebaut werden. Wenn dieses neue Hochregallager steht, wird Geb. 236 selber abgerissen und neu aufgebaut.

Das Geb. 230, in dem heute auf mehreren Etagen Umkleideräume sind, wird in ein Laborgebäude für die Pharmazeutische Entwicklung umgebaut.

### Neues Gebäude

Ebenfalls für die Pharmazeutische Entwicklung wird zwischen Geb. 131 und Geb. 128 an der Friedrich-Ebert-Straße ein Neubau hochgezogen. Die schon ewig leer stehen-

den Geb 16 – 18, ehemals PH2, sollen endlich abgerissen werden.

Es ist für den Standort Wuppertal ein riesiges Rad, was gedreht wird. Wir begrüßen ausdrücklich, dass neue Arbeitsplätze entstehen und geschaffen werden. Wir möchten aber, dass die Belange der zukünftigen Belegschaft heute schon berücksichtigt werden. Auch müsste längst eine transparente Personalplanung bestehen, wo man die vielen Mitarbeiter herbekommen möchte.

### Neue Ausbildung

Unsere Ausbildung müsste auf den neuen Umfang und die biotechnologische Produktion längst ausgerichtet sein. Es müsste möglich sein, allen befristet Beschäftigten, allen Kolleginnen und Kollegen, die im Pool sind, allen Mitarbeitern, die aktuell vom Arbeitsplatzverlust bedroht sind wie in der klinischen Pharmakologie, einen Arbeitsplatz anzubieten. Momentan wird sich damit beholfen, dass in Bergkamen Chemielaboranten und Chemikanten für Wuppertal ausgebildet werden.

## Probandenstation wird verkauft – 30 Beschäftigte betroffen

Nachdem die Beschäftigten gut ein Jahr in Ungewissheit verbracht haben, hat Bayer jetzt den Verkauf der Probandenstation in Berlin und Wuppertal bis Mitte 2013 beschlossen.

18 Mitarbeiter in Berlin, 12 Mitarbeiter im Forschungszentrum in Geb. 429 sind davon betroffen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieser wichtige Teil der Medikamentenentwicklung nicht weiter in Eigenregie verbleibt. Dass der Begriff „Kerngeschäft“ beliebig interpretierbar ist und eigentlich keinen Wert hat, zeigt sich bei dieser Ausgliederung.

Hier zeigt sich aber auch wieder, wie begrenzt der Einfluss von Betriebs- und Aufsichtsräten ist. Auch wenn einzelne Betriebsrats - Kollegen sich gerne aufblasen: Ob sie im Aufsichtsrat sitzen oder Vorsitzende sind, sie spielen bei solchen Entscheidungen absolut keine Rolle.

So bleibt auch bei dieser Ausgliederung nur zu hoffen, dass den Beschäftigten, die bei Bayer bleiben wollen, ein vernünftiger Arbeitsplatz angeboten wird und der „Rest“ so „sozialverträglich“ wie möglich gestaltet werden kann; aktuell arbeitet der Betriebsrat an einer Übergangsvereinbarung.

